



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage, Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Postbezugsstellen in den Reichsteilen monatlich 1,70 RM, Einzelnummer 10 Pf. — O'rotonto Nr. 30 bei der Oberamtspostkasse Reichenburg Zweigstelle Wildbad. — Redaktion: Enztalbote & Co., Wildbad; Verleger: Gemeindefiskus Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeitspalte oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Stellagenpreis 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstuferteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontrahenten oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachträgliche Abrechnung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Hans Bollmer.

Geldhamstern und Reichsbank

Der Reichsbankausweis vom 15. Oktober 1931 zeigt kein erfreuliches Bild. Man sieht sich vor allem gegenwärtig drei Posten genauer an: den Notenumlauf, den Wechselbestand und den Deckungsbestand, dazu das Verhältnis zwischen Notenumlauf und Deckungsbestand, die Rotendeckung. Der Notenumlauf ist normal zum Monatsende hoch, dann fließen die Noten in den ersten drei Wochen wieder zur Reichsbank zurück. Diesmal ist der Notenumlauf an Monatsmitte ungewöhnlich hoch. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf ist am 15. Oktober nur um 7 Millionen auf 6224 Mill. RM. zurückgegangen und liegt damit erheblich über der gleichen Zeit der beiden Vorjahre (15. Oktober 1930 5741, 1929 5890 Mill. RM.).

Der Hauptgrund liegt darin: es wird Geld gemacht. Statt daß man, wie in normalen Zeiten, das nicht unmittelbar zur Bestreitung des Lebensunterhalts benötigte Geld den Banken und Sparkassen oder Geschäftsfreunden anvertraut, legt man es zur Seite. Es ist verständlich, daß man sich in unsicheren Zeiten eine das übliche Maß übersteigende Bargeldrücklage zu Hause und im Kassenschrank hält. Deswegen ist zurzeit eine Erhöhung des Notenumlaufs in der ganzen Welt gegenüber dem Vorjahr festzustellen: in den Vereinigten Staaten um 2,5 Milliarden Mark, in England um rund 500 Mill. Mark, in Frankreich um fast 1,3 Milliarden Mark.

Hat aber das Geldhamstern in Deutschland noch einen Sinn? Wenn z. B. eine Inflation wieder käme, so wäre das gehamsterte Geld im Kasten zu Hause ebenso kaputt wie in den Sparkassen und Banken, ganz abgesehen vom Zinsverlust. Man hat ja in letzter Zeit wieder viel von der Inflation gesprochen. Der Parteistreit hat sie zu parteipolitischen Zwecken wieder an die Wand gemalt. Man hat behauptet, die „Harzburger“ wollten eine neue Inflation herbeiführen. Dies ist natürlich nicht wahr. Dr. Schacht ist mindestens ein ebenso tüchtiger und aufrichtiger Verfechter einer gesunden und gestützten Währung wie Dr. Luther. Die „Harzburger“ wollen so wenig eine Inflation wie Dr. Brüning oder Dietrich. Man kann ohne weiteres sagen, daß es in Deutschland keine Führer, keine Parteien oder überhaupt jemand gibt, der eine Inflation wollte. Daß es allerdings bei den jetzigen einseitigen Währungsverhältnissen, die unsere Wirtschaft unter den bekannten weltwirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Umständen zugrunde richten müßten, nicht bleiben kann, ist klar. Es wird sich eine Wandlung vollziehen, sei es nach der Richtung einer Doppelwährung (Gold und Silber oder ein anderer Wertgegenstand), sei es durch teilweise Zulassung der Naturalwirtschaft, wenigstens für gewisse Gebiete des Wirtschafts- und Finanzverkehrs.

Wer Geld hamstert oder es, ohne die Absicht des Hamsterns, zurückhält, erschwert die wirtschaftliche Lage. Nach dem Bankgesetz (§ 29) soll der Reichsbankdiskont im bestimmten Verhältnis zur Rotendeckung erhöht werden. Würde diese Bestimmung streng angewandt werden, so müßte bei dem jetzigen ungewöhnlich hohen Notenumlauf der Diskont auf 9, ja sogar auf 11 v. H. erhöht werden, statt gegenwärtig 8 v. H. Erhöhter Reichsbankdiskont bedeutet aber Verteuerung des Kredits und dadurch erhöhte Arbeitslosigkeit. Die Reichsbank wird, wie man hört, den Diskont zunächst nicht erhöhen, weil sie das Geldhamstern zunächst für eine vorübergehende, ungewöhnliche Angstercheinung hält. Sie könnte aber schließlich doch dazu gezwungen werden, wenn infolge des Hamsterns das Deckungsverhältnis bei den Reichsbanknoten durch weitere Erhöhung des Notenumlaufs noch weiter erheblich verschlechtert würde. Daß der Deckungsbestand der Reichsbank, vollends wenn man die 630 Millionen Auslandskredit davon abzieht, so klein geworden ist (1155,96 Mill. RM. Barrengold bei einem Verlust von 63,3 Mill. in der Vorwoche, und nur 138,13 Mill. deckungsfähigen Devisen), ist sicher nicht erfreulich.

Dazu kommt, daß ein wesentlicher Teil des angeschwollenen Wechselbestands der Reichsbank keine unbedingt sicheren Warenwechsel sind, sondern Finanzwechsel, die von Banken und Sparkassen an die Reichsbank gegeben werden, um dafür Bargeld zu erhalten. Die Geldinstitute müssen sich nämlich auf diese Weise größere Bargeldmittel parat legen, weil die Abhebungen bei den Sparkassen infolge der Vertrauenskrise und des Geldhamsterns immer noch größer sind als der Zugang an Spareinlagen. Es ist somit erklärlich, daß die Rotendeckung der Reichsbank Mitte Oktober von 30,1 in der Vorwoche auf 28,6 v. H. zurückgegangen ist.

So sehen wir, welche tief einschneidende Wirkung das Geldhamstern auf die Reichsbank und damit auf die ganze deutsche Wirtschaft hat. Jeder, der ein Interesse daran hat, daß unsere Wirtschaft aus der Zwangsjacke der Auslandsverschuldung herauskommt, muß sich bemühen, alle Störungen vom Inland her von der Wirtschaft fernzuhalten. Solche Störungen entstehen aber in bedeutendem Maß durch unnötiges Zurückhalten von Geld.

Tagespiegel

Die amtliche Einladung zu einem Besuch in Berlin ist am Montag Mussolini und dem Außenminister Grandi durch den deutschen Botschafter in Rom, v. Schubert, übergeben worden. Mussolini antwortete, er werde vielleicht ein andermal nach Berlin kommen. Grandi wird am 25. und 26. Oktober in Berlin erwartet.

Der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei wird am 21. Oktober, der Reichsausschuß in nächster Woche zusammenstreffen, um über die bekannte Abstimmung der Reichstagsfraktion für Brüning Beschluß zu fassen. Es wird mitgeteilt, die Parteileitung in Sachen habe die Fraktion vor der Abstimmung aufgefordert, geschlossen gegen das Kabinett Brüning zu stimmen.

Die Zahl der Wahlbewerber in England ist auf 1286, darunter 61 Frauen, gestiegen.

Nach einer Neukermeldung hat das japanische Kabinett beschlossen, aus dem Völkerbund nicht auszutreten. Der britische Gesandte in Kanton hat die chinesische Regierung auf Artikel 2 des Kelloggpatentes (Absperrung eines Staats, der Krieg anfängt) aufmerksam gemacht.

Neue Nachrichten

Haftbarmachung des Reichskanzlers?

Berlin, 19. Okt. Einer gewerkschaftlichen Korrespondenz zufolge sollen zwei Industrielle in Briefen an den Reichskanzler diesen haftbar gemacht haben für den ihnen durch die Einschränkung der Aufsichtsratsstellen auf Grund der Notverordnung entstandenen wirtschaftlichen Schaden. Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt, daß von dem Eingang solcher Schreiben nichts bekannt ist.

Seeckt über die politische Lage

Deßau, 19. Okt. Auf der Vertretertagung der Deutschen Volkspartei im Reichstagswahlkreis Magdeburg-Anhalt, die dem Führer der Partei, Dingeldey, das Vertrauen ausgesprochen und ihm einmütige Gefolgschaft gelobte, sprach Generaloberst v. Seeckt zur Lage. Er betonte die Absicht des Reichskanzlers, die Gegensätze auszugleichen, sei lobenswert. Er glaube aber, die Gegensätze seien in mancher Hinsicht, besonders in geistiger, derart, daß sie nicht überbrückt werden können, sondern ausgelämpft werden müssen. Jetzt schieben sich die Geister. Es sei falsch, wenn man behauptet, die Rechte wende sich gegen die Arbeiterklasse. Die Reichsregierung vertrete den Standpunkt der Heiligkeit des Privateigentums, den Begriff von Treu und Glauben und den der wohlverordneten Rechte. Der Träger des Kampfes gegen diese Begriffe sei aber die Regierung stützende Sozialdemokratie.

Aus dem Lübecker Prozeß

Erklärung Deykes

Lübeck, 19. Okt. In der heutigen Verhandlung des Tuberkuloseimpfprozesses kam es zu einer überraschenden Aussage des Angeklagten Professor Dr. Deyke. Er erklärte: Bei der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck war ich der felsenfesten Ueberzeugung, daß dieses Verfahren nützlich sei. Ich bekenne offen und frei, daß das ein wissenschaftlicher Irrtum gewesen ist, der sich mir aufgedrängt hat durch das, was nach der Fütterung in Lübeck geklärt worden ist und was ich auf Grund anderthalbjähriger Studien festgestellt habe. Wenn man mich wegen dieses wissenschaftlichen Irrtums strafrechtlich belangen kann, so soll man mich verurteilen. Ich scheue keine Verantwortung. Für das, was ich getan habe, stehe ich ein. Ich habe mich seit Jahren bemüht, den kranken Menschen und besonders den Tuberkulosekranken zu helfen und deshalb bin ich tief erschüttert, daß gerade ich dieses Unglück herbeigerufen habe. Wenn das Gericht dazu kommt, meinen Irrtum als Grundlage für eine Verurteilung zu halten, so bitte ich, mich allein schuldig zu sprechen, aber nicht die anderen Angeklagten.

Das S.A.-Treffen in Braunschweig

Braunschweig, 19. Okt. Gestern fand in Braunschweig das große S.A.-Treffen statt. In den frühesten Morgenstunden versammelten sich die S.A.-Leute, die in der Stadt und in der ganzen Umgebung eingekerkert waren, zum Marsch nach dem Franzensfeld, wo die 24 neuen Standarten von Adolf Hitler geweiht wurden. In seiner Weiberede wies Hitler darauf hin, daß vor zwölf Jahren eine Handvoll Leute zur Weibe der ersten Fahne aufstanden seien. Inzwischen habe die

nationalsozialistische Bewegung denselben Aufstieg genommen, wie das gegnerische System einen Niedergang erfahren habe. Hierauf erfolgte der Vorbeimarsch von über 100 000 S.A.-Leuten an Hitler nach dem Schloßplatz. Hitler erklärte, heute seien 100 000 marschieren, in wenigen Jahren werden Millionen so marschieren. Die nationalsozialistische Fahne sei das Zeichen der Einheit des deutschen Volks.

Nachdem sich der Zug in der Stadt in Gruppen aufgelöst hatte, wurden diese an verschiedenen Punkten von Gegnern angegriffen, so daß sich zum Teil schwere Zusammenstöße ereigneten. Der frühere Kommandant von Ingoßstadt, Hoffmann, wurde von Kommunisten niedergeschlagen und mußte ins Krankenhaus überführt werden. Im ganzen wurden etwa 60 Verwundete gezählt. Außerdem sind zwei Todesfälle zu verzeichnen.

Der Reichswehr- und Innenminister Gröner hat über die Tagung Bericht eingefordert, sowie auf Grund von sozialdemokratischen Beschwerden über die Handhabung der Polizei durch den braunschweigischen Minister Klages den braunschweigischen Gesandten in Berlin ersucht, einen Bericht über die Vorgänge zu erstatten. Die Mitteilung eines Berliner Blattes, Gröner wolle die Polizeigewalt in Braunschweig in seine Hand nehmen, wird halbamtlich als „Kombination“ bezeichnet.

In Hannover wurden am Montag 100 S.A.-Leute auf der Rückreise von Braunschweig wegen Uebertretung des Uniformverbots und wegen Benützung nicht genehmigter Lastkraftwagen festgenommen. Sie wurden alsbald dem Schnellrichter vorgeführt.

Unruhen in Lüneburg

Lüneburg, 10. Okt. Auf dem Wohlfahrtsamt erschien am Samstag ein junger Arbeitsloser und verlangte Erhöhung seiner Unterstützung. Als seine Forderung abgelehnt wurde, wurde er gegen den Beamten tätlich. Er wurde daraufhin festgenommen. Unterdessen hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die die Freikassung verlangte. Als die Polizei die Menge zerstreuen wollte, kam es zu ersten Zusammenstößen. Aus der Menge wurde scharf geschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Vier Polizisten wurden durch Steinwürfe verletzt.

Die katholische Kirche gegen die revolutionären Strömungen in Irland

Dublin, 19. Okt. In allen Kirchen des irischen Freistaats wurde gestern ein von den katholischen Erzbischöfen und Bischöfen Irlands erlassener Hirtenbrief verlesen, in dem der Feldzug der Revolution und des Kommunismus im irischen Freistaat streng verurteilt wird. Kein Katholik dürfe einer revolutionären Gesellschaft angehören. Diese Kundgebung wird als eine Unterstützung des Kampfes der Regierung gegen diese Gesellschaften betrachtet. Das neue Gesetz gegen den Terror ist am Samstag in Kraft getreten.

Prüfung neuer Maßnahmen gegen Verleher des Kelloggpatentes

New York, 19. Okt. Professor Nicholas W. Butler von der Columbia-Universität teilte mit, daß sich ein Ausschuß zur Prüfung der Frage gebildet habe, ob es möglich sei, „auf dem Wege über die Vereinigten Staaten“ einen wirtschaftlichen Druck gegen Nationen auszuüben, die unter Verletzung des Kelloggpatentes in den Krieg eintraten. — Dem Ausschuß gehören der frühere amerikanische Botschafter Boughtron, der Vizepräsident der amerikanischen Abteilung der internationalen Handelskammer, Miles E. Brown, und der Volkswirtschaftler Norman Davis an.

Unruhen in Mexiko

Mexiko-Stadt, 19. Okt. Ein großer Menschenhaufe drang gestern in eine Kirche ein, stieß mehrere Standbilder von den Postamenten und entfernte sie. Die Gläubigen verteidigten das Kircheneigentum und es kam zu Zusammenstößen. Mehrere Häuser, darunter das Rathaus, wurden in Brand gesetzt.

Die Darstellung Japans

Genf, 19. Okt. Die japanische Vertretung veröffentlichte gestern am Vorabend der wiederbeginnenden öffentlichen Verhandlungen des Völkerbundsrats eine Darstellung Japans über den Streitfall in der Mandschurei. Japan hatte daran fest, daß die japanischen Truppen erst zurückgezogen werden könnten, wenn die Sicherheit des Lebens und des Eigentums der Japaner in der Südmandschurei gewährleistet sei. Vorher müßten in Verhandlungen zwischen Japan und China einige grundsätzliche Fragen, die die Beziehungen der beiden Länder betreffen, geklärt werden. Die japanfeindliche Bewegung in China sei von den chinesischen Behörden hervorgerufen und geführt. Die chinesischen Truppen müßten sich aller Feindseligkeiten gegen die in der Mandschurei eingrückten japanischen Truppen enthalten und die chinesische Regierung und die lokalen Behörden die den Japanern in den Verträgen zuerkannten Rechte achten und durchsetzen lassen für den Schutz der japanischen Staats-

